

Bundestagswahlen und politischer Wandel

—

Die Agenda 2020 der Resilienz

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern, Historiker,
Publizist, Professor für Neuere Geschichte
an der Freien Universität Berlin, 2012/2013
Fellow am Historischen Kolleg, München.

Es gab schon spannendere Bundestagswahlkämpfe als den von 2013. Ist das Ergebnis zu erwartbar: eine Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels, mit welchem Koalitionspartner auch immer?

Fehlt es an der Klarheit der Optionen, sind also die etablierten Parteien, längst einschließlich der Grünen, programmatisch zu eng aneinander gerückt? Oder leben wir in eher langweiligen Zeiten, in einer Art Normalzeit der Geschichte, in der größere Weichenstellungen nicht auf der Tagesordnung stehen?

Das Wahlergebnis wird Überraschungen bereithalten, aber die relativ eindeutige Spur der sommerlichen Umfragen und Prognosen ist auch kein Zufall. Im Spektrum der westlichen Demokratien hat das deutsche Parteiensystem im Grunde seit drei Jahrzehnten, mit der Wahl von 1983 als Wendepunkt, einen Mittelweg der langsamen Transformation eingeschlagen. Während sich in manchen Ländern, zum Teil aufgrund des Wahlrechts wie in den USA, die klare Polarität eines Zweiparteiensystems erhalten hat, mit einer

Option der linken und einer der rechten Mitte, ist das Parteiensystem der Nachkriegsjahrzehnte anderswo, zumal in Italien, weithin zusammengebrochen. Seit die Grünen vor gut drei Jahrzehnten auf die Bonner Parlamenten gelangten, steuern Parteiensystem und politische Kultur in Deutschland erstaunlich sicher zwischen Stabilität und Kollaps hindurch. Es ist bemerkenswert, dass die Wiedervereinigung dieses Muster nicht zerstört, sondern im Gegenteil weiter befestigt hat: Der Wähleranteil der beiden großen Volksparteien schrumpft; ein „Vierzig-plus“-Ergebnis oder gar die Nähe zur absoluten Mehrheit der Mandate hat sich auf Bundesebene erledigt – für die SPD ohnehin, aber wohl auch für die Union. Hier sind die Volksparteien zu „Drittelparteien“ geworden, wobei sich die Sozialdemokraten, in den Ländern obenauf, erst einmal in den einst gefürchteten „Dreißig-Prozent-Turm“ zurückarbeiten müssen.

LINKE UND RECHTE PROTESTBEWEGUNGEN

Zugleich haben gesellschaftliche Bewegungen in Deutschland auf beinahe einzigartige Weise immer wieder neue Parteien hervorgebracht, die sich relativ dauerhaft, jedenfalls über den zerbrechlichen Moment irgendeiner Proteststimmung hinaus, politisch und auch parlamentarisch etablieren konnten. Auf die Grünen folgte ein Jahrzehnt später, als ostdeutsches Erbe der SED, die PDS, die wiederum etwa zehn Jahre später, in den Konflikten um Agenda 2010 und Hartz IV, über die damalige WASG auch einen Anker im Westen warf. Wieder ein knappes Jahrzehnt später waren es die Piraten, die Parlamente im Sturm eroberten. Ihr Erfolg am 22. September ist mehr als zweifelhaft, und doch bestätigen sie die Grundregel politisch-sozialer Dynamik der Bundesrepublik seit 1980: Protestbewegungen, die eher im linken Milieu entstehen und für sich genommen keinesfalls deutsche Besonderheiten sind, verfestigen sich hierzulande so erfolgreich wie nirgendwo sonst zu politischen Parteien, die nach gewisser Anpassungszeit eine konstruktive Rolle im parlamentarischen System übernehmen.

Damit übrigens ist die Prognose für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in mindestens zweierlei Hinsicht schlecht. Denn erstens ist ein Zuwachs am rechten Rand des demokratischen Spektrums nach dieser Erfahrung unwahrscheinlich – und nicht zufällig haben die Beschwörungen, eine liberale Modernisierung der Union werde „rechts“ einen hässlichen Konkurrenten erfolgreich werden lassen, immer wieder Staub angesetzt. Und zweitens will der Elitenprotest der AfD nicht recht zu Stimmungen, geschweige denn sozialen Bewegungen in großen Teilen der Bevölkerung passen. Es fehlt nicht nur, von der Spitze her gesehen, an Charisma und populistischem Appeal, sondern vor allem, von der Basis her betrachtet, an der Unterfütterung durch

die globalen und sozialen Problemlagen, aus denen sich Grüne, Piraten und auch die Linke speisen. Am ehesten noch wird die AfD wegen der Überlap-
pfung des bürgerlichen Sozialprofils der traditionellen „kleinen“ Partei, der
FDP, schaden. Aber man staunt, wie wenig der Ritt der Liberalen auf der Fünf-
Prozent-Hürde den Ausblick auf den Wahltermin im Grunde irritiert.

DIE ZEIT DER GROSSEN RICHTUNGSWECHSEL IST VORBEI

Früher hätte man gesagt: Eine Konstellation wie Schwarz-Gelb, das ist für
mindestens zwei, wenn nicht drei Legislaturperioden gut. Früher – das waren
die Zeiten, als die Bundesrepublik durch große Pendelschwünge der politi-
schen Optionen zwischen „eher links“ und „eher konservativ“ bestimmt war,
die zugleich tief in kulturellen Stimmungen, in sozialen Bewegungen, im
„Zeitgeist“ verankert waren. 1969 – 1982 – 1998: Das sind die markantesten
Stationen auf diesem Weg. (In mancher Hinsicht könnte man auch „1953“
an den Anfang setzen.) Das Zeitalter der großen Pendelschwünge aber ist,
vermutlich unwiederbringlich, zu Ende, seitdem sich die rot-grüne Koalition
vom linken Generationen- und Modernisierungsprojekt in Schröders Agenda-
Projekt transformiert hat. Dass dies notwendig war, darüber gibt es bereits
jetzt einen breiten Konsens der Zeithistoriker; vermutlich lag die „Wende“
von 2003 sogar mehr in der Konsequenz von Rot-Grün, als man damals oft
wahrnahm – von wegen Verrat an die Interessen des Neoliberalismus. In
jedem Fall handelt es sich um einen historischen Einschnitt, um den eigent-
lichen Übergang von der Bonner in die Berliner Republik, und zugleich um
das Eintreten in ein neues, globales Zeitalter deutscher Politik und Gesell-
schaft.¹ An die Stelle der „Projekte“ von Generation und Zeitgeist treten Koa-
litionen von kürzerer Dauer. So könnte Angela Merkel als die Kanzlerin in
die Geschichte eingehen, die in drei Wahlperioden mit je unterschiedlichen
Partnern regiert und die Regierungsfähigkeit der Union in diesem Spektrum
bewiesen hat.

Die zu Ende gehende Legislaturperiode jedenfalls bleibt dadurch ge-
kennzeichnet, dass die Erwartungen an das lang ersehnte „bürgerliche“
Koalitionsbündnis im Moment seines Erfolges, im Herbst 2009, bereits wie
überlebt wirkten – und dass äußere Ereignisse die schönen Absichten des
Koalitionsvertrages ein zweites Mal durcheinanderwirbelten. Die Große Koa-
lition hatte in den vier Jahren zuvor die „Agenda 2010“, die ohne die Union so
nicht zustande gekommen wäre, weiter umgesetzt, abgesichert, auch im wei-
testen Sinne gesellschaftlich und kulturell verdaut. Hinter einen guten Teil
des seit 1996/97 beklagten „Reformstaus“ konnte ein Häkchen gesetzt werden.

Mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 begann das Pendel endgültig zurückzuschwingen: Deutschland hatte seine liberale Lektion gelernt, in jeder Hinsicht: in der gesellschaftspolitischen Öffnung zu verleugneten Realitäten (Migration, demografische Entwicklung), in der Einsicht in Grenzen des klassischen Sozial- und Versorgungsstaates (die Rente allein genügt nicht; Integration in Erwerbsarbeit ist zentral), aber auch hinsichtlich der Grenzen des liberalen Modells und mancher übertriebener Forderungen der Reformzeit – die Mitbestimmung musste nicht abgeschafft werden, um Deutschland wettbewerbsfähig zu halten, und die Notwendigkeit, den Finanzkapitalismus politisch zu regulieren, war unbestreitbar. Was sich Union und FDP bereits 2002 und erneut 2005 gemeinsam vorgenommen hatten, war schon fertig. Alles spricht dafür, dass diese Situation der Kanzlerin im Herbst 2009 vollkommen klar war; die FDP tat sich, von der Höhe ihres Wahlergebnisses herab, ungleich schwerer, gewissermaßen zu spät gekommen zu sein.

UMPOLUNG DER POLITISCHEN AGENDA

So vollzog sich in den letzten vier Jahren eine stille, weil nie ausformulierte und deklarierte, aber doch tiefgreifende Umpolung der politischen Agenda. Die Regierung musste auf äußere Ereignisse, auf europäische und globale Krisen reagieren. Der japanische Tsunami schlug in Deutschland als „Fukushima“ ein und führte in die Beschlüsse zu Atomausstieg und Energiewende. Die Finanzkrise entstand im Gewand der europäischen Staatsschuldenkrise neu, die in die schwerste Krise der europäischen Einigung seit ihren Anfängen in den 1950er-Jahren mündete. Aus der Perspektive des Miterlebens konnte die Bearbeitung solcher Herausforderungen kaum anders als kurzatmig (wenn nicht kurzfristig), als Getriebenheit der Politik von anderen Gewalten, seien es Naturgewalten, technische Risiken oder Märkte, erscheinen.

Gleichwohl werden die siebzehnte Legislaturperiode und die schwarzgelbe Regierung im Rückblick besser aussehen als aus der Froschperspektive ihres teils holprigen Verlaufs. Die „Energiewende“ markiert, trotz ihrer inneren Widersprüche, mancher Unzulänglichkeiten und Verzögerungen (und wie sollte das, außerhalb idealistischer Phantasien, anders sein?), eine historische Zäsur zugunsten eines Primats von Ressourcenbewusstsein und Nachhaltigkeit. Und das Management der Euro- und Staatsschuldenkrise hätte eine SPD-geführte Regierung nicht grundsätzlich anders betrieben. In zehn oder zwanzig Jahren wird es als eine gewaltige Leistung erscheinen, Europa in dieser Situation zusammengehalten zu haben: Kein Mitgliedsland ist aus der Eurozone ausgeschieden, geschweige denn aus der EU. Keine europäische

Demokratie ist in der Krise in ernsthafte autoritäre Versuchungen gekommen – und wo man es allenfalls befürchten könnte, hat sich die EU als Wächterin nationaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bewährt.

WETTERFESTE GESELLSCHAFT

Aber gibt es eine Überschrift, die solches Krisenmanagement angesichts ganz unterschiedlicher Herausforderungen zusammenfasst? Auch angesichts von Globalisierung und Klimawandel, angesichts des Aufstiegs Chinas und des relativen Abstiegs Europas, angesichts weltpolitischer Volatilitäten nicht nur im Mittleren Osten bleibt Politik im 21. Jahrhundert die Kunst des pragmatisch Möglichen, die dennoch größere Ziele nicht aus dem Auge verlieren muss. Wenn die Welt nach dem Ende der scheinbaren Sicherheit von Fortschrittsbewusstsein, fossilem Zeitalter und bipolarer Ordnung tatsächlich riskanter und unsicherer geworden ist, wenn Politik nicht mehr die Welt „machen“ kann, sondern auf existenzielle Herausforderungen reagieren muss, dann ist „Resilienz“ ein Schlüsselbegriff unserer Zeit. Nicht zufällig findet dieses noch fremd klingende Wort, auf dem Umweg über das englische „resilience“, derzeit Eingang in politische Sprache und kulturelles Selbstverständnis. Es bedeutet: eine Gesellschaft und ihre Individuen möglichst wetterfest zu machen für die Zukunft – angesichts ungewisser Veränderungen, aber auch im Blick auf die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

„Resilienz“ meint eine federnde, eine elastische Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit. Das hebt diesen Begriff von dem der „Sicherheit“ ab, der aus ähnlichen Gründen weite Verbreitung gefunden hat. Sicherheit kann starr sein und muss gegen die Bedürfnisse einer freien Lebensweise sorgfältig abgewogen werden. Im Begriff der Resilienz dagegen schwingt der Vorrang einer möglichst freiheitlichen und solidarischen Ordnung bereits mit. Er schließt die Möglichkeit ausdrücklich ein, sich nicht gegen Gefahren einzumauern, sondern die Welt weiterhin aktiv zu gestalten. Denn von vielen lautstarken Kritikern wird gerne übersehen: Wir leben nicht nur in einer Zeit der Einschnürung, der zunehmenden Kontrolle, des Verlustes von Autonomie und Steuerungsfähigkeit, sei es des Individuums, sei es ganzer Gesellschaften. Die demokratischen Aufbrüche nicht nur im Arabischen Frühling, sondern auch in den westlichen Gesellschaften gehören zum Grundmuster des frühen 21. Jahrhunderts ebenso dazu wie ein neuer Schub von gesellschaftspolitischer Liberalisierung und Egalitarismus, der – von der Inklusion vormals „Behinderter“ bis zur vollen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften – nicht nur Deutschland derzeit umpflügt.

EINSTIEG IN DIE POLITIK DER RESILIENZ

So kann man die vergangenen vier Jahre als Teil des Übergangs in eine Politik der Resilienz verstehen, die sich nach dem 22. September 2013, unter welcher Regierungskonstellation auch immer, fortsetzen wird. Sie ist nicht vor vier Jahren erfunden worden, sondern reicht mindestens bis zum 11. September 2001 zurück, und die „Agenda 2010“ war in mancher Hinsicht bereits Teil dieses neuen politischen Paradigmas. Sie ist nicht an bestimmte Personen gebunden, sondern bildet eine Herausforderung in der Sache, an jede politische Führung. Gleichwohl ließen sich das politische Selbstverständnis und die Zielvision der Physikerin Angela Merkel unter dem Begriff einer Politik der Resilienz besonders plausibel machen. Aber einen Alleinvertretungsanspruch gibt es nicht, und über die Wege zum Ziel wird man in einer Demokratie heftig streiten. Die Deutschen tun das übrigens mit mehr Zutrauen in diese Demokratie, mit mehr gesundem Menschenverstand, als viele intellektuelle Propheten des nahenden Untergangs derzeit wieder wahrhaben wollen. Also können wir dem Wahltag gelassen und dennoch gespannt entgegensehen. Keine Normalzeit der Geschichte, aber auch kein Demokratie- oder Weltuntergang.

¹Zur These von Rot-Grün als erster „globaler“ Regierung siehe jetzt Edgar Wolfrum: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013.